

5.6 Drittes Zwischenfazit: *Ṭāʾifiya* und die Herausforderung des Staates

»Konfessionalismus« lautete 2012 der Vorwurf bei den Demonstrationen in Anbar. Er war gegen den irakischen Staat gerichtet, der in Person von Premierminister Mālikī für den Ausschluss der Sunna verantwortlich gemacht wurde. So wurde auch die Krise um 'Isāwī anhand konfessioneller Muster gedeutet. Der Staat wurde in der Form, die er unter schiitischer Kontrolle angenommen hatte, von der sunnitischen Bevölkerung als inhärent konfessionalistisch wahrgenommen.

Bedeutende Teile der sunnitischen Bevölkerung wandten sich von diesem Staat ab. Auf der Grundlage dieser Abwendung vom Staat lässt sich der massive Zuspruch zum IS erklären und zu dessen Projekt, die bestehende staatliche Ordnung neu zu gestalten – bis hin zur Aufhebung des Iraks als Nationalstaat in seiner gegenwärtigen Form.

Trotz der Behauptung, einen islamischen Staat zu errichten, zeichnete sich der IS in erster Linie dadurch aus, Bevölkerungsteile anhand konfessioneller bzw. religiöser Zugehörigkeit gewaltsam auszuschliessen – ein Ausschluss, der im Fall der jesischischen Bevölkerung bis hin zum Genozid reichte. Die Ablehnung der Schia wurde zum konstitutiven Element des Ultraislamismus des IS. Die konfessionelle Gewalt orientierte seinen Militarismus.

Auch auf Seiten der IS-Gegner wurde der Staat herausgefordert. Die Teile der Ḥašd, die eng mit dem Iran verbunden waren, strebten parallelstaatliche Strukturen analog zu denjenigen der iranischen Revolutionsgarden an. Ihre quasi-religiöse Überhöhung des irakischen Territoriums vermengte sich mit der massiven Gewalt gegen die sunnitische Zivilbevölkerung in den vom IS zurückeroberten Gebieten. Wie weit die Ḥašd in ihrer Herausforderung des Staates gingen, zeigte sich anhand der Protestbewegungen nach 2019. Nicht nur richtete sich ihre Gewalt selbst gegen die schiitische Zivilbevölkerung, auch die staatlichen Institutionen wurden nun angegriffen – bis hin zu einem Anschlag auf den Sitz des Ministerpräsidenten. Hier zeigte sich dieselbe Tendenz wie bei den sunnitischen Demonstrationen von 2012: Ziel war nun nicht mehr, eine Position innerhalb des Systems einzunehmen und allenfalls den Staat zu übernehmen. Vielmehr stand der Staat selbst zur Debatte.

Was ist der Staat, welche Funktionen hat er? Auch an den *tīšrīn*-Protesten wurden diese Fragen aufgeworfen. Strebte der IS einen Gegenstaat und die Ḥašd einen Parallelstaat an, nahmen die Demonstrantinnen und Demonstranten eine dritte Form der Neuordnung vor. Sie trennten rhetorisch Staat und Volk, wobei das Volk durch das Land (*balad*) definiert ist. Der Staat war verantwortlich für Korruption und Konfessionalismus, während das Volk die Einheit repräsentierte. Da der Staat als Träger der Probleme identifiziert wurde, sollte sich das Volk (gemäss diesen Vorstellungen) des Staates entledigen bzw. ihn auf eine Technokratie reduzieren, die als eine Form apolitischer Expertenregierung vorgestellt wird.

Der Irak wurde nach 2012 in der internationalen Berichterstattung wie in akademischen Publikationen vermehrt als »gescheiterter Staat« bezeichnet. Die Versuche, einen Gegen-, einen Parallel- oder einen Technokratie-Staat zu etablieren, weisen aber auf eine andere mögliche Deutung hin: Der Staat ist nicht einfach gescheitert, sondern wird grundlegend neu verhandelt. Es ist nicht mehr klar, was der Staat ist oder sein soll, was der Begriff bedeutet. Für alle drei Formen der Herausforderung des Staates war dabei der Bezug auf Konfessionalität konstitutiv. So wurde das Reden über Konfession und Konfessionalismus nach dem politischen System und der idealisierten Einheit als Bevölkerung nun um die dritte Ebene, den Staat, ergänzt.